Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Niederschrift

Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen

Sitzungstermin:	Montag, 22.02.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:12 Uhr
Raum, Ort:	digital

Anwesend

Vorsitzende/r
David Wulff

Mitglied

Shady Al-Khouri	Vertretung für: Walter Noack
Jan Evers	
Erik von Malottki	Vertretung für: Johannes Barsch
Bettina Bruns	
Daniel Seiffert	Vertretung für: Yvonne Görs
Heiko Jaap	
Dr. Andreas Kerath	
Florian Stahlkopf	Vertretung für: Gamal Khalil
Alexander Krüger	
Robert Gabel	Vertretung für: Marvin Medau
Birgit Socher	
Gerd-Martin Rappen	

Protokollant/in
Birgit Rosolski

Abwesend

Mitglied

Walter Noack	entschuldigt
Johannes Barsch	entschuldigt
Yvonne Görs	entschuldigt
Sandro Hersel	abwesend
Gamal Khalil	entschuldigt
Gesine Krauel	entschuldigt
Marvin Medau	entschuldigt

Verwaltung:

Falko Ahlswede
Hannes Bartelt
Barbara Breier
Petra Demuth
Dr. Stefan Fassbinder
Carola Felkl
Friedrich Fichte
Fanny Gladrow
Anett Hauswald
Anja Juhnke
Thilo Kaiser
Claudia Kowalzyck
Winfried Kremer
Juliane Kruse
Achim Lerm
Jan-Peter Manske
Dr. Agnes Oestreich
Elisa Raackow
Andrea Reimann
Andreas Sappelt
Dieter Schick
Beate Schinkel
Diana Schleer
Tobias Schreiber
Kati Schulz
Katrin Teetz
Jeannette von Busse
Sarah Wiesenberg
Steffen Winckler

Gäste:

Caroline Faehr
Steffen Frenkler
Petra Hase
Dr. Jörn Kasbohm
Maximilian Mutter
Norbert Schön
Dr. Jörg Valentin
Theodores Weiße
Dr. Monique Wölk
Grit Wuschek

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung	
3	Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen	
4	Mitteilungen der Verwaltung	
5	Mitteilungen des/r Vorsitzenden	
6	Beschlusskontrolle	
7	Beratung der Beschlussvorlagen	
7.1	Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022	BV-V/07/0374-03
7.1.1	ÄA zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022 Antrag zur Vorlage BV-V/07/0374-02 ***SPD-Fraktion***	BV-V/07/0374-02--02
7.1.2	Änderungsanträge zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022 Antrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03 ***Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ***	BV-P-ö/07/0052
7.1.3	Änderungsantrag zum Haushaltsplan der Universitäts - und Hansestadt Greifswald - hier Änderungsantrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03 ***AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft***	BV-P-ö/07/0058
7.1.4	Änderungsantrag zum Haushaltsplan der Universitäts - und Hansestadt Greifswald - hier Änderungsantrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03 ***AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft***	BV-P-ö/07/0059
7.1.5	Änderungsantrag zum Haushaltsplan der Universitäts - und Hansestadt Greifswald -hier Änderungsantrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03 ***AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft***	BV-P-ö/07/0060

7.1.6	Änderungsantrag zum Haushaltsplan der Universitäts - und Hansestadt Greifswald - hier Änderungsantrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03 ***AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft***	BV-P-ö/07/0061
7.1.7	Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022 Antrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03 ***CDU-Fraktion (Ergänzung nichtöffentliche Stellunganhme der Verwaltung vom 22.02.2021)***	BV-V/07/0374-03--02
7.1.8	Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022 Antrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03 ***Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN***	BV-P-ö/07/0063
7.1.9	Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022 Antrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03 ***Fraktion BG/FDP/KfV***	BV-V/07/0374-03-02
7.1.10	Patenschaft für das Seenotrettungsschiff „SEA-EYE 4“ (Ergänzung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022)	BV-V/07/0388
8	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses	
9	Ende der Sitzung	

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Wulff eröffnet die digitale Ausschusssitzung. Der Sitzung sind 13 Ausschussmitglieder beigetreten.

Es werden Regeln zur Durchführung der Sitzung erörtert:

- wer nicht redet, schaltet sein Mikrofon aus,
- Abstimmung soll möglichst über Bild durch Handhebung erfolgen, wenn nicht möglich, über Chatfunktion abstimmen,
- ansonsten die Chatfunktion nur für Wortmeldungen nutzen,
- keine Rednerbeiträge in den Chat schreiben.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die nachträgliche Vorlage „Patenschaft für das Seenotrettungsschiff „SEA-EYE 4“ (Ergänzung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022) wird unter TOP 7.1.10 eingeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	0	0

3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

keine

4 Mitteilungen der Verwaltung

keine

5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

keine

6 Beschlusskontrolle

keine

7 Beratung der Beschlussvorlagen

7.1 Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022 — BV-V/07/0374-03

Frau Juhnke gibt einen Überblick zum Haushalt (mit bislang eingefügten Änderungsanträgen). Die Präsentation hierzu liegt dem Protokoll bei.

Ergänzend unterbreitet Frau Teetz einen Vorschlag der Stadtwerke Greifswald GmbH und der Verwaltung als Alternative zu den Änderungsanträgen zum HH zur Kapitalzuführung an die Stadtwerke Greifswald GmbH (SWG) und zum Verzicht auf eine Gewinnausschüttung (der Vorschlag liegt dem Protokoll bei).

Die Frage von Herrn Wulff, ob die Erlöse aus der Liquidation bisher eingeplant waren, verneint Frau Teetz (eine Liquidation hat sich erst im laufenden Monat ergeben).

Herr Evers möchte wissen, wie hoch der Erlös bei einer Verschmelzung des Vermögens des BiG mit den Stadtwerken ist und ob Aussagen zur Höhe der Steuerbelastung getroffen werden können.

Frau Teetz erklärt, dass die Steuerbelastung sehr gering ist, da in den letzten Jahren nur Verluste erwirtschaftet wurden. Das liquide Vermögen beträgt ca. 3 Mio. EUR. Dieser Betrag würde bei Auflösung der Gesellschaft der Stadt für gemeinnützige Zwecke zugeführt werden.

Herr Evers erklärt, dass eine Ausschüttung an die Stadt ohne steuerliche Probleme möglich wäre, weil die Stadt selbst wie ein gemeinnütziges Unternehmen behandelt wird. Falls aber ein Übergang an die Stadtwerke erfolgen würde, geprüft werden müsste, ob es sich um ein gemeinnützigkeitsrechtlich gebundenes Vermögen handelt, was dann an die Privatwirtschaft übergeht. Hierzu möchte er den genauen Betrag zur Höhe der Steuerbelastung wissen. Seiner Meinung nach muss es einen Unterschied zum Übergang auf den städtischen Haushalt geben.

Frau Teetz beruft sich auf die Aussage des Steuerberaters der Stadtwerke, dass die Vorgehensweise keine andere Belastung darstellen würde.

Auf die Frage von Herrn Rappen, ob sich der Aufsichtsrat in der Kürze der Zeit schon damit befasst hat und es schon Pläne für die 3 Mio. EUR Kapitalerhöhung seitens der Stadtwerke gäbe, informiert Frau Teetz, dass es noch keine Zweckbindung gibt und sich die Aufsichtsratssitzung für März in Vorbereitung befindet. Des Weiteren wird von Frau Teetz auf die Bürgerschaftssitzung verwiesen, wo bezüglich der Verwendung auch Festlegungen getroffen werden können.

Herr von Malottki schlägt vor, dass sich der Aufsichtsrat noch vor der Bürgerschaftssitzung mit der Thematik befassen sollte. Er möchte weiterhin wissen, falls es zu keiner Verschmelzung zwischen BiG und SWG kommt, ob die ca. 3 Mio. EUR dann dem Kernhaushalt der Stadt zufließen. Frau Teetz erklärt, dass dann laut Gesellschaftsvertrag bei Auflösung oder Liquidation der

Gesellschaft oder beim Wegfall der Gemeinnützigkeit das Geld für gemeinnützige Zwecke dem Kernhaushalt zur Verfügung steht; das Geld würde an die Stadt gehen, aber verzögert -wahrscheinlich bis zum Jahr 2023. Bei einer Verschmelzung würde das Geld bereits in diesem Jahr den Stadtwerken zufließen.

Herr Evers hat sich auf Anregung von Frau Socher nochmals die Zahlen der WVG angeschaut. Er gibt Frau Socher Recht: Der Gewinnanteil, berechnet auf die Kaltmieten, ist noch einmal deutlich höher. Die WVG hat im Jahr 2019 40 % der Kaltmiete als Gewinn vereinnahmt. Nach Abzug aller Kosten verbleiben von den Mieten 40 % als Gewinn. Das entspricht 4,7 Monatsmieten, die als Gewinn ausgewiesen worden sind, wovon 2,5 Monatsmieten von jedem „Mietenzahler“ an den städtischen Haushalt abgeführt werden. Aus diesem Grund wird der Haushalt in dieser Form von Herrn Evers abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Unter Berücksichtigung der nachfolgenden Änderungsanträge

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	5	0

Im Vorfeld der Diskussionen zu den Änderungsanträgen der Fraktionen informiert Herr Dr. Fassbinder zu einer Stellungnahme der Verwaltung zu einem Punkt der CDU-Vorlage bezgl. Vorschlag der Stellenreduzierung. Es wird von ihm darauf hingewiesen, dass dieser Punkt, selbst wenn er eine Mehrheit finden würde, nicht umsetzbar wäre (es sind Stellen dabei, die bereits besetzt sind bzw. Stellen, die zu 100 % gefördert werden, oder auch Stellen, die gar nicht mehr vorgesehen sind).

Anlage 1	Präsentation öffentlich
Anlage 2	Vorschlag Alternative Kapitalausstattung SWG öffentlich

7.1.1 ÄA zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022 — BV-V/07/0374-02--02

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0374-02

Herr Dr. Kerath merkt zum Pkt. 1 an, dass es das Ziel ist, die Stadtwerke substanziell mit Kapital auszustatten, damit sie mehr in Richtung Klimaschutz unternehmen können. Der aufgezeigte Weg über das „BiG-Geld“ wäre ggf. auch gangbar.

Frau Felkl gibt zur allgemeinen Sozialberatung den Hinweis, dass es eine Pflichtaufgabe des Landkreises sei, allgemeine Sozialberatung durchzuführen. Momentan kollidiert dies mit der Förderrichtlinie für Jugend und Soziales der Stadt, die tatsächlich nur freiwillige Förderungen der UHGW für Projekte, Aktivitäten und Selbsthilfegruppen etc. umfasst. Es wäre eine weitere Aufgabe, die die Stadt freiwillig übernimmt. Falls es zur Beschlussfassung kommen sollte (Förderung der Sozialberatung der Caritas), müsste es auf Basis dieses Haushaltsbeschlusses geschehen, damit nicht noch weitere Förderungen durch andere Träger, die auch Sozialberatungen durchführen, beantragt werden.

Weiterhin erklärt Frau Felkl, dass die Stelle Sozialarbeiter mit höheren Aufgaben eine Entscheidung der Bürgerschaft war, Straßensozialarbeit selbst zu finanzieren. Für diese Stelle ist eine fachliche Begleitung notwendig. Das heißt, wenn diese Stelle gestrichen wird, dass zwar Mittel ausgezahlt werden, aber ohne Kooperation mit dem Träger, ohne Prüfung und ohne Leitlinien. Mit dem gegenwärtigen Personalbesatz ist diese Arbeit nicht leistbar. Herr Dr. Fassbinder ergänzt, dass in den vergangenen Jahren viele soziale Aufgaben von der Stadt übernommen wurden (Förderung von Vereinen, Jugendeinrichtungen, Begleitung des Quartiersmanagement), ohne personelle Hintersetzung. Soziale Aufgaben können vom vorhandenen Personal nicht mehr nebenher bewältigt werden.

Für die CDU-Fraktion ist die Schaffung einer vollen Personalstelle zu viel, so Herr Rappen. Sie stellen sich vor, dass diese Aufgaben über den Quartiersmanager oder die Präventionsbeauftragte lösbar wären.

Zu den Pkt. 2 und 3 erklärt Herr Rappen, dass er diesen Punkten nur in Teilen zustimmen könnte.

Herr Kaiser plädiert dafür, bezgl. 1 Mio. EUR für den ÖPNV den 2. Satz herauszunehmen. Herr von Malottki sagt eine Prüfung zu.

Zum Pkt. 12 stellt Herr Evers die Frage, ob eine Prüfung zur Möglichkeit einer gGmbH im Wohnungswesen vorgenommen wurde. Herr von Malottki geht davon aus, dass es möglich ist, wird es aber nochmals prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung zu Punkt 1 – mit Änderung

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	5	0

Einzelabstimmung zu Punkt 2

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	3	2

Einzelabstimmung zu Punkt 3

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	4	1

Einzelabstimmung zu Punkt 4

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	4	2

Einzelabstimmung zu Punkt 5

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	4	1

Einzelabstimmung zu Punkt 6

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen

6	5	0

Einzelabstimmung zu Punkt 7

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	2	3

Einzelabstimmung zu Punkt 8 - abgelehnt

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	6	2

Einzelabstimmung zu Punkt 9

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	3	3

Einzelabstimmung zu Punkt 10

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	5	0

Einzelabstimmung zu Punkt 11

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	4	1

Einzelabstimmung zu Punkt 12 - abgelehnt

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	6	3

Einzelabstimmung zu Punkt 13

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	5	0

7.1.2 Änderungsanträge zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022 — BV-P-ö/07/0052

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03

Zum Verlauf der Verlängerung der Herrenhufen Straße befragt, erklärt Frau von Busse, dass sie zukünftig geradeaus gehen und somit zur Entlastung der Schillerstraße führen wird. Es wird quasi eine Verbindung zur Loitzer Landstraße geschaffen, an deren Seiten dann jeweils Wohnbebauung entstehen soll. Auf die Nachfrage von Frau Socher, ob diese Maßnahme für 2021 zwingend nötig und realistisch ist, informiert Frau von Busse, dass die Planung für 2022 vorgesehen ist. Eine komplette Verschiebung in 2023 wird schwierig gesehen, da sich dann auch die Phase des Baus der Straße weiter verschieben würde und

dementsprechend auch die sich anschließende Wohnbebauung. Herr Kaiser ergänzt, dass für dieses Bauvorhaben aufgrund verschiedenerer Grundstückseigentümer ein Planfeststellungsverfahren im Vorfeld notwendig wird. Dieses Planfeststellungsverfahren kostet Geld und ist Grundvoraussetzung, um in die Planung einsteigen zu können.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung zu Punkt 1

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	1	3

Einzelabstimmung zu Punkt 2

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	1	4

Einzelabstimmung zu Punkt 3

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	4	1

Einzelabstimmung zu Punkt 4 – mit Änderung ohne Flächenvorgabe

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	1	3

Einzelabstimmung zu Punkt 5

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	5	0

Einzelabstimmung zu Punkt 6

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	1	0

Einzelabstimmung zu Punkt 7

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	3	1

Einzelabstimmung zu Punkt 8

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	4	0

Einzelabstimmung zu Punkt 9

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	2	3

Einzelabstimmung zu Punkt 10

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	1	4

Einzelabstimmung zu Punkt 11

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	0	4

Einzelabstimmung zu Punkt 12

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	1	4

Einzelabstimmung zu Punkt 13

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	1	3

7.1.3 Änderungsantrag zum Haushaltsplan der Universitäts - und Hansestadt Greifswald - hier Änderungsantrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03

BV-P-ö/07/0058

Da die Ausschussmitglieder von der AfD nicht anwesend sind, kann keine Einbringung erfolgen.

Die Abstimmung erfolgt im Block.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	10	0

7.1.4 Änderungsantrag zum Haushaltsplan der Universitäts - und Hansestadt Greifswald - hier Änderungsantrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03

BV-P-ö/07/0059

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	10	0

7.1.5 Änderungsantrag zum Haushaltsplan der Universitäts - und Hansestadt Greifswald -hier Änderungsantrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03 **BV-P-ö/07/0060**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	10	0

7.1.6 Änderungsantrag zum Haushaltsplan der Universitäts - und Hansestadt Greifswald

- hier Änderungsantrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03 **BV-P-ö/07/0061**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	10	0

7.1.7 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022 **BV-V/07/0374-03--02**

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03

Frau Felkl gibt Erläuterungen zum DigitalPakt: Für 2021 sind fünf Schulen vorgesehen, wofür die Hälfte der gesamten Mittel abgerufen werden. Mit der Beschaffung der Gegenstände (IT-Ausstattung) muss auch die jeweilige Infrastruktur hergerichtet werden, u. a. betrifft dies in Größenordnungen Elektroleistungen. In diesen Vorgängen sind mehrere Fachämter involviert. Dies wird auch für die Umsetzung des DigitalPakts in den Jahren 2022 und 2023 so sein. Eine generelle Beschleunigung ist so nicht möglich; es geht nur „so schnell, wie möglich“, aber nicht alles in 2021.

Nachfragen von Herrn Krüger zu den Punkten:

2) Wurde auch das Kreisdiakonische Werk berücksichtigt?

Herr Rappen erklärt, dass die Caritas hier beispielgebend zu verstehen ist. Eine Berücksichtigung des Kreisdiakonischen Werkes ist möglich.

5) Gibt es zwischen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zu diesem Punkt Gespräche?

Herr von Malottki erklärt, dass bisher keine Abstimmung stattfand, bietet aber Gespräche an.
Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass bei einer Umstellung der Umzugsbeihilfe auf Greifswald-Gutscheine der Wert höher als 100 EUR sein sollte, um einen Anreiz zur Ummeldung zu schaffen.

6) Die CDU-Fraktion verknüpft das Segelschulschiff Greif und die Sanierung der Greif mit der Greifswald Marketing GmbH in einem Punkt. Kann man diese beiden Punkte voneinander trennen?

7) Welches Ansinnen steht hinter der Verschiebung der Maßnahme „Graben 25/3“? Welche Auswirkung hätte eine Verschiebung für welche Projekte?

Der „Graben 25/3“ betrifft die Planungen des Abwasserwerkes zum Hottensoll. Die CDU-Fraktion geht davon, dass nach Planung in 2021 nicht gleich in 2022 die Maßnahme begonnen wird. Hier wird an eine Verteilung auf die Jahre 2022 und 2023 gedacht. Auch wird eine erhebliche Diskussion in der Bevölkerung zu Zeitverzug führen können. Man wird mit der Investition nicht so schnell vorankommen, wie es angesetzt ist.

11) Wurde bisher das Planbudget in den vergangenen Jahren für die Entwicklung der Gemeindestraßen ausgeschöpft wurde?

Frau von Busse informiert, dass die Budgets komplett abgeflossen sind und teilweise in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 durch Nachträge (Üpl/Apl) sogar mehr Mittel bereitgestellt wurden. Des Weiteren erklärt sie, falls die Haushaltsgenehmigung in diesem Jahr relativ spät erfolgt, es dennoch grundsätzlich leistbar wäre, die 1 Mio. EUR in der Unterhaltung des Straßenbereiches auszugeben.

Bislang sind im Haushaltstitel 785 TEUR eingeplant. Eine Erhöhung um 215 TEUR auf dann 1 Mio. EUR ist beabsichtigt. Dieses „Mehrgeld“, so ist es auch der Wunsch der Grünen-Fraktion, sollte für Rad- und Gehwege eingesetzt werden. Frau von Busse schlägt vor ggf. diese Mittel (215 TEUR) auch für eine Investition zu nutzen (Maßnahme Wegebau im Stadtpark). Dies würde in 2021 auch zur Entlastung des laufenden Haushaltes beitragen.

Nachfragen von Herrn von Malottki:

Ist eine Gebührenerhöhung in der Musikschule wirklich erforderlich?

Herr Rappen erklärt, dass durch starke Anstiege von städtischen Zuschüssen im Kultur- und Bildungsbereich begründet, man prüfen möchte, ob zukünftig durch Generierung zusätzlicher Einzahlungen (z. B. durch erhöhte Zuschüsse des Landes oder durch eine Gebührenerhöhung im Erwachsenenbereich) eine Absenkung des städtischen Zuschusses erreicht werden könnte.

Herr von Malottki bittet, dass statt „Gebührenerhöhung“ dort „Zuschuss des Landkreises“ stehen sollte, denn der Landkreis unterstützt seine Musikschulen in den anderen ehemaligen Gebietskörperschaften auch finanziell.

Ist die Stellenstreichung im Schulbereich (41.7) erforderlich?

Die CDU sieht hier möglicherweise mit anderer Arbeitsstruktur Ansätze, weniger Stellen zu benötigen, als die Verwaltung vorschlägt. Es betrifft auch andere Bereiche.

Nachfragen von Frau Socher:

Sind die Stellenstreichungen so ernst gemeint?

Herr Rappen plädiert für eine Stellenstreichung. Eine Stellenstreichung ist aus Sicht der CDU für die Solidität des Haushaltes wichtig. Auch wird vom Oberbürgermeister eine zeitnahe Darstellung gefordert, was die Digitalisierung an effizienteren Arbeitsprozessen bedeuten kann. Ggf. sollte bei einigen Stellen auch mit Befristungen gearbeitet werden, sodass man perspektivisch wieder Stellen abbauen kann.

Herr Dr. Fassbinder spricht sich gegen Befristungen aus, da sich keine Bewerber für befristete Stellen finden lassen. Im qualifizierten Bereich bekommt man ausschließlich Bewerbungen für unbefristete Stellen. Zur Digitalisierung erklärt Herr Dr. Fassbinder, dass das Personal an der Stelle eventuell weniger wird, aber andere Stellen dadurch wachsen werden. Die Digitalisierung sollte auch nicht über den Haushalt definiert werden. Es gibt den Digitalisierungsausschuss, wo entsprechende Maßnahmen besprochen werden könnten.

Die werterhaltenden Maßnahmen im THH 4 sind kaum ausgeschöpft, hier wird um Erläuterung gebeten.

Herr Dr. Fassbinder erklärt, dass bei der Werterhaltung im Hochbau in den letzten Jahren aus unterschiedlichen Gründen (u. a. Kapazitätsfrage sowohl Verwaltung als auch bei den Firmen) nicht alles umgesetzt werden konnte.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung zu Punkt 1

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	2	4

Einzelabstimmung zu Punkt 2

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	1	1

Einzelabstimmung zu Punkt 3

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	2	5

Einzelabstimmung zu Punkt 4

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	2	5

Einzelabstimmung zu Punkt 5

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	2	4

Einzelabstimmung zu Punkt 6 - abgelehnt

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	7	1

Einzelabstimmung zu Punkt 7 - abgelehnt

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	4	3

Einzelabstimmung zu Punkt 8 – nicht abgestimmt

Einzelabstimmung zu Punkt 9 - abgelehnt

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	7	0

Einzelabstimmung zu Punkt 10

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	0	2

Einzelabstimmung zu Punkt 11

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	2	4

Einzelabstimmung zu Punkt 12 - abgelehnt

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	6	1

Einzelabstimmung zu Punkt 13 - abgelehnt

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	5	2

Einzelabstimmung zu Punkt 14

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	0	4

Einzelabstimmung zu Punkt 15

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	1	3

7.1.8 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022 — BV-P-ö/07/0063

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03

Die Änderungsanträge werden von Herrn Krüger eingebracht. Im Wesentlichen wird Wert gelegt auf Klimaschutz, Jugend, Familie und Tourismus.

Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung wird der Pkt. 9 voraussichtlich gestrichen.

Der Pkt. 7 soll nur beschlossen werden, wenn die Verwaltung eine Umsetzung als unproblematisch sieht. Bis zur Bürgerschaftssitzung wünscht sich die Fraktion hierzu einen Ansatz der Verwaltung.

Der Pkt. 11, THH 13, wurde geändert. Hier wurde die Summe reduziert (war in der Beschlussvorlage unklar formuliert). 80.000 EUR sollen im ruhenden Verkehr in den Abendstunden eingespielt werden. Damit decken sich die Vollzeitäquivalente in Gänze.

Frau Felkl nimmt Bezug zu einer Nachfrage zum Calisthenics Park. Wenn mit der Universität kooperiert und die Calisthenics Anlage statt im Stadtpark im Strandbad errichtet wird, erzielt die Stadt eine deutliche Einsparung (Kosten würden sich dann auf ca. 50.000 EUR belaufen, die Geräte würde dann die Universität bezahlen). Detaillierte Gespräche werden noch mit der Universität geführt und die Ergebnisse bis zur Bürgerschaftssitzung mitgeteilt.

Herr Kremer schlägt vor, die Maßnahme „Außenanlage Nexöschule“ von 2021 nach 2022 zu verschieben. Begründet wird es mit der eventuell sehr späten Haushaltsgenehmigung in diesem Jahr. Eine Umsetzung wäre dann nicht mehr möglich. Außerdem könnte wohl für diese Maßnahme ein Fördermittelprogramm (über Ganztagsschulprogramm) in Anspruch genommen werden, was dann noch einer Prüfung bedarf. Herr Krüger wird diesen Vorschlag in seiner Fraktion besprechen.

Weitere Anmerkungen werden von Frau von Busse getätigt:

- Pkt. 7) zu den Spielplätzen wird aufgrund des Planungszeitraumes von ca. einem Jahr angeregt, alle zwei Jahre diese Spielplätze in der Größenordnung von 350.000 EUR einzuordnen, damit diese Mittel dann auch zeitmäßig verbaut werden können.

  Herr Schick schlägt vor, die 350.000 EUR aufzuteilen (50.000 EUR für die Planung und 300.000 EUR für den Bau).

  Dieser Vorschlag wird von der Fraktion geprüft. Herr Krüger erwähnt außerdem, dass eine Budgeterhöhung für die Instandsetzung der Spielplätze ebenfalls erfolgen soll.

- Pkt. 16) zur Fahrradachse: die Gestaltung des Weges der Hainstraße gestaltet sich schwierig, weil hier der Denkmalschutz eingehalten werden muss. Die vorgeschlagenen 90.000 EUR würden nur für die Instandsetzung ausreichen; eine asphaltgebundene Decke würde eher unwahrscheinlich vom Landesamt für Kultur und Denkmalpflege mitgetragen werden.

Herr Krüger wäre bei der Hainstraße daran gelegen, dass die Ausschilderung erfolgt und die Wegeführung trockner gestaltet werden könnte.

Herr Kaiser fügt an, dass die Hainstraße als historische Allee unter Denkmalschutz steht und der „Sommerweg“ nur aufgearbeitet werden kann. Herr Schick ergänzt, dass diese Maßnahme dann als Aufwand abgerechnet wird.

Herr Schreiber begrüßt zum Pkt. 11 den Wunsch einer Aufstockung der Kontrolleure, um in den Abendstunden vermehrt kontrollieren zu können, aber hier müssen die Kosten und Gegenrechnungen, wie Herr Krüger vorgeschlagen hat, geprüft werden. Eine Aussage dazu kann frühestens zur Bürgerschaftssitzung erfolgen. Wie die beiden neuen Stellen in der Planung berücksichtigt wurden, müsste ebenfalls noch abgeklärt werden.

Zum Pkt. 13 erklärt Herr Schick vollständigkeitshalber, dass im jetzigen Haushalt und in den kommenden Jahren 50.000 EUR als investive Mittel für Ersatzspielgeräte, die im Laufe der Jahre als nicht verkehrssicher und zurückgebaut wurden, eingestellt sind. Wenn diese Mittel, so wie die Fraktion es vorschlägt, im Aufwand verbleiben sollen, können nicht direkt die Spielgeräte, aber alles drum herum auf dem Spielplatz hergerichtet werden. Herr Krüger erklärt, dass die Fraktion auch in Geräte investieren möchte und dieser Punkt entsprechend noch einmal angepasst und bis zur Bürgerschaft konkretisiert wird.

Herr Kremer äußert zum Pkt. 18, dass der vorgeschlagene Mehraufwand in Höhe von 10.000 EUR seines Erachtens nicht erforderlich ist, weil die Werterhaltung im Deckungsring enthalten ist und ggf. dann Maßnahmen daraus bezahlt werden könnten.

Herr Rappen hinterfragt, ob die Konzepte/Machbarkeitsstudien förderfähig sind und ob die Lastenräder von der Stadt oder privat betrieben werden. Herr Krüger erklärt, dass zu den Lastenrädern eine Ausschreibung erfolgen soll und ein Betreiber gesucht wird. Die Investitionskosten (anlehnend an Rostock) betragen ca. 80.000 EUR, für die App und drei Plätze werden ca. 30.000 EUR pro Jahr veranschlagt. Bezüglich Konzepte/Machbarkeitsstudien können Fördermittel akquiriert werden, müssen aber nicht.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung zu Punkt 1

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	1	0

Einzelabstimmung zu Punkt 2

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	1	4

Einzelabstimmung zu Punkt 3

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	2	1

Einzelabstimmung zu Punkt 4

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	0	4

Einzelabstimmung zu Punkt 5

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	0	3

Einzelabstimmung zu Punkt 6

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	0	4

Einzelabstimmung zu Punkt 7

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	3	0

Einzelabstimmung zu Punkt 8

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	4	0

Einzelabstimmung zu Punkt 9 – nicht abgestimmt

Einzelabstimmung zu Punkt 10

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	3	1

Einzelabstimmung zu Punkt 11 – nicht abgestimmt

Einzelabstimmung zu Punkt 12

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	1	3

Einzelabstimmung zu Punkt 13

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	0	3

Einzelabstimmung zu Punkt 14

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	3	2

Einzelabstimmung zu Punkt 15

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

Einzelabstimmung zu Punkt 16

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	0	3

Einzelabstimmung zu Punkt 17

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	0	0

Einzelabstimmung zu Punkt 18 – nicht abgestimmt (Aufnahme in Produktbeschreibung)

Einzelabstimmung zu Punkt 19

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	4	1

Einzelabstimmung zu Punkt 20

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

Einzelabstimmung zu Punkt 21

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	4	0

Einzelabstimmung zu Punkt 22

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

Einzelabstimmung zu Punkt 23

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	1	4

Einzelabstimmung zu Punkt 24

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	3	1

7.1.9 Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022

BV-V/07/0374-03-02

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0374-03

Herr Wulff trägt den Änderungsantrag vor. Es werden in der Planung die Haushaltsansätze für die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu hoch erachtet und sollten daher in jedem Haushaltsjahr um 1 Mio. EUR reduziert werden.

Herr Dr. Fassbinder bezeichnet die Ansätze als realistisch. Auf Nachfrage zur Gegenfinanzierung erklärt Herr Wulff, die zuvor beschlossenen Maßnahmen nicht umzusetzen und zu streichen.

Herr von Malottki befürchtet bei Beschlussfassung dieser Änderung ein Haushaltssicherungskonzept für die Stadt oder Auswirkungen bei den Kitabutgets.

Herr Evers fand die kleine Anfrage von der CDU und die Antworten der Stadtverwaltung sehr hilfreich über die Aufteilung des Gewerbesteueraufkommens, wo detailliert aufgeschlüsselt wurde, welche Branchen welchen Anteil an Gewerbesteueraufkommen haben. Der Handel und die Gastronomie spielen dabei dann eigentlich gar keine Rolle und sind für das Gewerbesteueraufkommen unbedeutend. Des Weiteren erinnert Herr Evers an die Planungen der Vorjahre, wo eher konservativ geplant wurde und letztlich dann doch in Summe in beiden Jahren 30 Mio. EUR mehr im Ergebnis standen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	6	0

7.1.10 Patenschaft für das Seenotrettungsschiff „SEA-EYE 4“ (Ergänzung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022)

BV-V/07/0388

Die Vorlage wird von Herrn Dr. Fassbinder eingebracht. In 2022 soll erneut über eine Patenschaft evaluiert werden. Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	3	1

8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

keine

9 Ende der Sitzung

Die Sitzung wird um 21:12 Uhr beendet.

Vorsitz:	Protokollant/in:
David Wulff	Birgit Rosolski